

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Post CH AG

Adressänderungen bitte an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsa.ch

GSoA GSOA-ZITIG NR. 193

FEBRUAR 2023

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

Frontalangriff auf Zivildienst

Mit fadenscheinigen Begründungen, wird einmal mehr der Zivildienst angegriffen – eine Zusammenlegung des Zivildienstes mit dem Zivilschutz droht. SEITE 3

SAVE THE DATE



GSOA-VOLLVERSAMMLUNG

14. MAI 2023

Übergewinnsteuer für Kriegsprofiteure

Die russische Kriegskasse wurde über Jahre mit Geld aus dem Schweizer Rohstoffhandel gefüllt – wie wir uns nun auch am Wiederaufbau in der Ukraine beteiligen können. Seite SEITE 4

Klimawandel als Sicherheitsrisiko

Der Klimawandel zerstört vielerorts Lebensgrundlagen und stellt Entwicklungshelfer*innen vor etliche Probleme. Deren Lösungen sind eng mit Sicherheitspolitik verknüpft. SEITE 6

Das Massaker vom 9. November 1932 nicht vergessen

Dreizehn Tote und mehrere Dutzend Verletzte. Das ist die schwere Bilanz des Armeeeinsatzes gegen nichtbewaffnete antifaschistische Demonstrierende am 9. November 1932 in Genf. Ebenfalls in Genf gibt es nun eine öffentliche Ausstellung und ein Buch. Dieses kann hier gekauft werden: www.collegedutravail.ch (10 CHF + Versand).



Aktion vor der russischen Botschaft

Foto: GSoA

Liebe Leser*innen

Das neue Jahr geht turbulent weiter, denn National- und Ständerat versuchen einmal mehr den Zivildienst zu schwächen und die Armee weiter aufzustocken. So gedenkt man zum einen Zivildienst und Zivilschutz zusammenzulegen und propagiert zum anderen Gleichstellung mit dem Slogan «Sicherheit ist weiblich». Was das konkret heisst, erzählen wir euch auf Seite 3.

Auch der russische Angriffskrieg in der Ukraine hält weiter an und wir hören täglich von neuen Grausamkeiten. Dabei geht oft vergessen, dass auch die Schweiz am Krieg beteiligt ist, indem sie nach wie vor die russische Kriegskasse füllt. Wie genau dies geschieht und wie man im Parlament dagegen vorzugehen versucht, lest ihr auf den Seiten 4 und 5. Natürlich vergessen wir aber auch nicht, dass die Ukraine nicht das einzige Land unter Beschuss ist und zum Beispiel in Kurdistan türkische Chemiewaffen-Angriffe weitgehend unter dem Radar der Weltöffentlichkeit stattfinden.

Zum Schluss kommen wir dann erneut auf die finanziellen und klimaschädlichen Aspekte der Armee zu sprechen und erläutern auf Seite 6, wie Geld in Form von Bomben vom Himmel fällt. Dabei zeigen wir auf, wie sich die Sicherheitspolitik verändern müsste, damit dieses Geld nicht nur den Klimawandel bekämpfen, sondern auch die Entwicklungshilfe stärken könnte.

Wir wünschen eine interessante Lektüre.

Vanessa Bieri

Und das ganze Redaktionsteam

Impressum

Redaktion: Anja Gada, Andreas Weibel, David Raccaud, Fabio Briante, Joris Fricker, Josef Lang, Jonas Heeb, Lukas Bürgi, Martin Parpan, Oger, Pauline Schneider, Vanessa Bieri

Cartoons: Oger | **Gestaltung:** Regula Meili | **Übersetzung:** Catherine Jost | **Druck:** ROPRESS Zürich | **Auflage:** 17'500, mindestens viermal jährlich | **Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.–/ Nichtverdienende Fr. 50.–** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.– PC-Konto: PC 40-37315-5 | **Verlag:** GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

Leser*innenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen der Creative Commons-Lizenz CC BY-ND-NC 4.0. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.

PROJEKT

Arbeite an unserem antimilitaristischen Manifest mit!

In einem antimilitaristischen Manifest wollen wir aufzeigen, wie pazifistische und antimilitaristische Positionen zum aktuellen Geschehen aussehen könnten. Interessierte sind zum Mitdenken und Mitarbeiten eingeladen. ROXANE STEIGER

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine markiert eine tiefgreifende Zäsur, die die internationale sowie die europäische Sicherheitsordnung auf den Prüfstand stellt. Es gibt keine einfachen Antworten auf diesen Krieg. Um in eine friedlichere, gerechtere und sichere Zukunft zu schreiten, müssen wir jedoch mutige Perspektiven bieten.

Als Reaktion auf diese veränderte geopolitische Lage schreien Politiker*innen westlicher Länder nach Sicherheit in Form von Aufrüstung, der Aufstockung von Armeen sowie dem

Beitritt zu Militärbündnissen. Viele Menschen sind zu Recht verunsichert darüber, wie wir Werte wie Freiheit oder Demokratie verteidigen wollen. Angesichts des heute dominierenden politischen und medialen Diskurses ist es umso schwieriger sich vorzustellen, wie antimilitaristische und pazifistische Positionen in Anbetracht des aktuellen geopolitischen Lage aussehen könnten. Deshalb möchte die GSoA in einem Manifest antimilitaristische Positionen für eine konsequente Sicherheits- und Friedenspolitik aufzeigen.

Das Manifest soll Gelegenheit bieten, sich vertieft mit Antimilitarismus und möglichen Alternativen zur Kriegslogik auseinanderzusetzen. Was heisst eigentlich die Neutralität für die Handlungsoptionen der Schweiz? Wie könnte eine nachhaltige Sicherheitsarchitektur aussehen? Und was ist mit weiteren grossen Sicherheitsrisiken, wie zum Beispiel der Klimakrise? Das Sekretariat, die Koordination sowie die Regionalgruppen sollen an der Entstehung dieses Manifests beteiligt sein. Wir werden diesen kollektiven Prozess demnächst anstossen und euch bald über die Mitmachmöglichkeiten informieren. Bei Fragen und Anregungen könnt ihr euch ungeniert bei roxane@gsoa.ch melden.

ANTI-KRIEGSKUNDGEBUNG

Die letzte Friedenskundgebung im Jahr 2022 – Und wieso sie die schönste war

Kurz vor Weihnachten, in einer Zeit der Besinnlichkeit und des Zusammenseins, haben wir ein letztes Mal im Jahr 2022 ein Zeichen für Frieden und Solidarität gesetzt. Die Kundgebung vom 16.12. war unglaublich kalt, überschaubar und trotzdem einer der für mich wichtigsten antimilitaristischen Momente in diesem Jahr. ANJA GADA

Um 16.00 Uhr standen wir zu zweit da. Ein Freitag, kalt, grau, allein auf dem Helvetiaplatz in Zürich. Im Vorfeld hatten wir diskutiert und geplant, Redner*innen angefragt, Essen und Getränke organisiert, eine mobile Bühne aufgetrieben, mit der Berner Stadtpolizei versucht, einen Kundgebungsort zu finden und dieses Unterfangen letztendlich aufgegeben, Grafiken entwickelt und verworfen, einen Forderungskatalog verfasst und uns schliesslich sehr warm

angezogen, um den ganzen Abend draussen verbringen zu können. Aber nichts von alledem hätte mich emotional auf die Wucht dieser Kundgebung vorbereiten können, die ich so niemals erwartet hätte.

Als die Leute langsam eintrudelten, war ich zugegebenermassen enttäuscht. Ich hätte mir – wie so oft – mehr Leute erhofft. Als ich dann aber durch die Menge ging, verpuffte meine Resignation. Aus etlichen Communities waren Menschen gekommen: Kurd*innen, Afghan*innen, Iraner*innen, Russ*innen, Ukrainer*innen und Belaruss*innen. Mit Hüten und Schälchen ausgestattet, standen sie Schulter an Schulter vor der Bühne mit Kerzen oder dampfendem Zimtpunsch in der Hand, währenddem Redebeiträge gehalten wurden. Obwohl an anderen Friedensdemos teils Tausende und anfangs Jahr sogar Zehntausende Personen teilgenommen haben, hat mich die Diversität und die Ernsthaftigkeit der Dezember-Kundgebung am meisten berührt.



Da waren beispielsweise Aresu Rabbani und Selai Balkh, zwei junge Frauen von der Afghan Women Association, die mit einer solchen Bestimmtheit und Dringlichkeit über die Gleichstellung von geflüchteten Personen gesprochen haben, dass es kurz sehr ruhig wurde auf dem Helvetiaplatz. Und da war Alexandra Karle, Geschäftsleiterin von Amnesty International Schweiz, welche die zögerlichen Sanktionsmassnahmen und die fehlenden Regulierungen auf dem Rohstoffhandelsplatz anprangerte. Doch trotz der Schwere und der persönlichen Betroffenheit vieler Teilnehmer*innen war eine Verbundenheit, ein Gefühl eines gemeinsamen Kampfes auf dem Platz zu spüren. «Frau, Leben, Freiheit» wurde nicht als leere Parole gerufen, sondern als nationenübergreifender Widerstand verstanden.

Diese Veranstaltung wurde von der SP, den Grünen, Amnesty International, Frauen für den Frieden, dem Friedensrat, der JUSO, den Junge Grüne Schweiz, der Afghan Women Association Switzerland (AWAS), Demokratische Partei Kurdistans (Iran), RAZAM.CH, Free Iran Switzerland, Libereco und dem Verein Russland der Zukunft mitgetragen.

AUSBLICK

Termine zum Vormerken

Zwei jährliche Termine rücken bereits wieder näher: Die 42. Vollversammlung der GSoA steht an. Ausserdem findet im April der alljährliche Ostermarsch in Bern statt. JONAS HEEB

42. VOLLVERSAMMLUNG DER GSOA

Am **Sonntag, dem 14. Mai 2023** findet die 42. Vollversammlung der GSoA statt. Wie üblich wird diese im Restaurant Kreuz in Solothurn, dem Gründungsort der GSoA, abgehalten. Anschliessend an die Vollversammlung werden wir auf den 40. Geburtstag unserer Organisation anstossen und feiern! Weitere Informationen hierzu werden folgen, merkt euch den Termin doch schon mal vor. Um nichts zu verpassen,

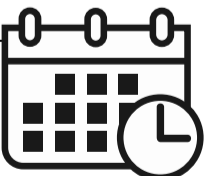
schaut in euren Mail-Posteingang oder stattet unserer Webseite einen Besuch ab: www.gsoa.ch.

OSTERMARSCH BERN

Letztes Jahr konnte der Ostermarsch nach zweijähriger pandemiebedingter Pause wieder wie gewohnt physisch stattfinden. Dies in einem sehr bewegten Jahr, in welchem die pazifistischen Stimmen wichtiger denn je waren. Dies gilt natürlich auch für das Jahr 2023. Der Oster-

marsch wird wieder am **Ostermontag, dem 10. April 2023** in Bern stattfinden. Start ist um 13.00 Uhr bei der Eichholz-Wiese in Bern. Von dort aus geht die Route wie gewohnt zum Münsterplatz, wo uns Redebeiträge und Musik erwarten. Das Motto lautet «Geld für Frieden statt für Krieg» und bezieht sich auf die Rolle der Schweiz als Finanzplatz und Drehscheibe für den internationalen Rohstoffhandel und deren Bezug zu bewaffneten Konflikten.

Alle weiteren Informationen findet ihr auf www.ostermarschbern.ch.



DIENSTPFLICHT

Erneuter Frontalangriff auf den Zivildienst

Im Zuge des Kriegs in der Ukraine lässt die bürgerliche Ratsmehrheit keine Gelegenheit aus, ihre Macht zu nutzen. Nach dem undemokratischen Durchboxen der F-35-Beschaffung und der unsäglich überdimensionierten Armeebudgeterhöhung folgt nun ein erneuter Angriff auf den Zivildienst – obwohl erst vor zwei Jahren eine Verschärfung abgelehnt wurde. JONAS HEEB

Der Bundesrat klagt schon länger über drohende Bestandslücken bei Armee und Zivildienst (darauf kommen wir noch zurück). Mitte-Rechts sieht dabei den Zivildienst als Problem, weil zu viele Männer diesen Weg einschlagen würden. Deshalb stand vor zwei Jahren eine Verschlechterung der Bedingungen für Zivildienstleistende im Raum, die zum Glück vom Parlament abgelehnt wurde. Doch weil die Bürgerlichen merkten, dass sie den Krieg in der Ukraine ausnutzen und sich militärpolitisch so ziemlich alles erlauben können, kommt der Frontalangriff auf den Zivildienstes erneut aufs Parkett. Zusätzlich fordert die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats (SiK-N) nun die sofortige Zusammenlegung von Zivildienst und Zivilschutz.

ZENTRALE UNTERSCHIEDE

Der Bericht des Bundesrates über die Alimentierung von Armee und Zivilschutz sieht diese Massnahme bei einer von zwei möglichen Dienstpflichtrevisionen ebenfalls vor. Der

SiK-N kann es aber nicht schnell genug gehen. Wie auch beim Armeebudget wird in unüberlegt schnellem Tempo agiert. Diese Zusammenlegung ist in mehrerer Hinsicht problematisch und auch viel komplexer, als sie vielleicht den Anschein macht. Zivildienst und Zivilschutz haben eigene Strukturen und Logiken, die sich schwer vereinbaren lassen. Der Zivilschutz bereitet sich auf Extremfälle vor, der Zivildienst hilft zugunsten des gesamten Wohlergehens der Gesellschaft. Sie werden auch unterschiedlich rekrutiert: Zivildienst aus Gewissensgründen, Zivilschutz bei Untauglichkeit. Zudem ist der Zivildienst national organisiert, während der Zivilschutz kantonal verwaltet wird. So ist auch das Problem der Unterbestände im Zivilschutz zu lösen, es gibt Kantone mit ungenutzten Reserven, während andere zu wenig Leute haben. Es ist ein Verteilungsproblem, das sich diese Organisation selbst geschaffen hat. Der Zivildienst muss nun dafür hinhalten, indem Zivildienstleistende künftig zu Zivilschutzeinsätzen gezwungen werden könnten.

DAS MÄRCHEN DES BESTANDS-PROBLEMS

Doch auch für die Armee ist der Zivildienst keine Bedrohung, anders als immer behauptet wird. Die Armee hat einen Sollbestand von 100'000 Menschen, aktuell liegt der Bestand bei 151'000. Aufgrund vorgenommener Anpassungen bei der Dienstpflicht und zunehmenden

Abgängen in den Zivildienst, sei die Armee gefährdet. Dieses Märchen wird schon lange erzählt, wahrer wird es trotzdem nicht. Das Onlinemagazin Republik hat jüngst vorgerechnet, dass die Armee ab 2023 sogar zu gross sein und dadurch eine widerrechtliche Grösse erreichen wird (Stand dieses Artikels ist Dezember 2022). Ebenso wurde aufgezeigt, dass nicht nachvollziehbar ist, weshalb das VBS von Unterbeständen ausgeht. Die Zahlen sind stabil, die Armee hat kein Bestandsproblem.



Zivis bekämpfen am 28. Mai 2013 Neophyten in einer Schlucht auf der Lenzerheide (GR). Foto: ©Arno Balzarini

FRAUEN & ARMEE

Frauen in die Armee zu locken, hat nichts mit Gleichstellung zu tun

Das VBS will den Frauenanteil in der Armee massiv erhöhen. Wir finden: diesen Zuwachs braucht es nicht. Frauen in die Armee zu locken, hat zudem nichts mit Gleichstellung zu tun. ROXANE STEIGER

Das VBS will den Frauenanteil in der Armee bis 2030 von aktuell 1.4 auf 10 Prozent erhöhen. Damit würde die Armee um rund 12'000 bis 13'000 Personen wachsen. Hintergrund ist, dass die Armee bis 2030 Schwierigkeiten haben soll, den Effektivbestand von 140'000 Armeemännern sicherzustellen. Eine Recherche des Onlinemagazins "Republik" zeigt aber, dass der Armee die Soldaten nicht ausgehen – weder lang- noch kurzfristig. Die Armee ist zurzeit mit 151 000 Armeemännern nämlich grösser, als der in der Verfassung vorgeschriebene maximale Effektivbestand.

NEUE DIENSTMODELLE

Trotzdem warnte die Armee in den letzten Monaten mit düsteren Prognosen. Um den angeblich gefährdeten Armeebestand zu retten, stehen neue Dienstpflichtmodelle zur Diskussion. Hoch im Kurs sind die Sicherheitsdienstpflicht, die mit der Zusammenlegung von Zivilschutz und Zivildienst den Zivildienst massiv schwächt, sowie die bedarfsorientierte Dienstpflicht, welche die Ausweitung der Dienstpflicht auf Frauen vorsieht.

Es mag sein, dass Frauen bezüglich Dienstpflicht nicht die gleichen Pflichten wie Männer

haben. Das heisst aber nicht, dass Frauen deshalb verpflichtet werden müssen. Noch sieht es nicht nach einem Obligatorium für Frauen aus. Ein obligatorischer Informationstag, um die Frauenquote zu erhöhen, dürfte jedoch bald Realität sein. Die Einbindung von Frauen in eine zutiefst patriarchale Institution hat für die GSoA allerdings nichts mit Gleichstellung zu tun.

SICHERHEIT IST WEIBLICH

Unser Sicherheitsverständnis ist heute vorwiegend militärisch geprägt. Somit sind die Massnahmen zur Stärkung der Sicherheit immer dieselben: Aufrüstung und Militarisierung. Gerade die Pandemie hat uns aber gezeigt, dass Sicherheit zahlreiche andere Facetten hat. So gehören zum Beispiel neben dem Katastro-

phenschutz auch ein funktionierendes Gesundheits- und Sozialsystem dazu. Hier leisten Frauen den Löwenanteil an bezahlter und unbezahlter Care-Arbeit. Die unbezahlt geleistete Arbeit beziffert einen Wert von jährlich 242 Milliarden Franken. Zu implizieren, dass Frauen der Gesellschaft die Dienstpflicht im Namen der Gleichstellung schuldig sind, wertet dies fundamental ab - und genau das macht das VBS.

Soldatin zu sein, ist nichts Progressives. Wir sollten hingegen alles tun, damit Frauen bei den Abrüstungsverhandlungen ausreichend vertreten sind. Denn dort brauchen wir die Macht und den Einfluss von Frauen, um Krieg und Gewalt zu verhindern. Solange dies nicht anerkannt wird und die gleichen Rechte für Mann und Frau auf Verfassungsebene nicht durchgesetzt werden, wehren wir uns gegen jegliche Form von Pflichten für Frauen in Sachen Militär. Der konsequenteste Schritt für die Gleichstellung auf allen Ebenen, wäre auch die Männer von der Dienstpflicht zu befreien.

KAMPFJETS

F-35-Preise werfen erneut Fragen auf

Unser Nachbar Deutschland beschafft im Rahmen seiner massiven Aufrüstungspläne ebenfalls den Kampfjet F-35 – und zahlt dabei fast den doppelten Preis wie die Schweiz. Erneut zeigt sich, dass die Deals mit dem F-35 schwammig, risikobehaftet und umstritten sind. JONAS HEEB

Im Rahmen der Initiative gegen den F-35 haben wir viele Aspekte beleuchtet. Die zahlreichen, nach wie vor bestehenden Mängel, das Risiko der Mehrkosten und die Einsatzfähigkeit. All dies steht weiterhin auf der Kippe beim Tarnkappenbomber aus den USA. Dennoch entschied sich auch Deutschland für die Be-

schaffung von 35 Stück. Wie hierzulande gingen auch dort die Diskussionen schnell los. Denn auch in Deutschland werden diese Risiken nicht ignoriert. Neben einer sehr guten Studie von Greenpeace Deutschland («Die F-35: Viel Geld für wenig Sicherheit») äusserte sich auch das deutsche Verteidigungsministerium im Dezem-

ber zu möglichen Gefahren: Mehrkosten, Verzögerungen und eingeschränkte Einsatzfähigkeit. Die Jets sollten ab 2026 fliegen, daran glaubt wohl niemand mehr so wirklich.

Stark im Fokus steht der Preis. Knapp 10 Milliarden Euro soll die Beschaffung kosten, während die Schweiz für einen Jet mehr insgesamt 6 Milliarden CHF zahlen soll. In Euro umgerechnet zahlt Deutschland 286 Millionen pro Jet, die Schweiz 167 Millionen. «Wie kann das sein?», fragt man sich. Eine klare Antwort gibt es dazu noch nicht, da viele Details der

Beschaffung nicht öffentlich sind. Klar ist, dass Deutschland viel mehr Bewaffnung inkludiert hat und höhere Ansprüche stellt, da die F-35 in Deutschland fliegen müssen, Atombomben abzuwerfen. Dies erklärt den massiven Unterschied allerdings noch nicht. Nun könnte man meinen, die Schweiz sei die Königin der Rüstungsdeals. Es zeigt jedoch einmal mehr klar auf, dass bei der Beschaffung des F-35 auf so gut wie gar nichts Verlass ist – leider wohl auch nicht auf die immer behaupteten Fixpreise für die Schweiz, an der auch die Eidgenössische Finanzkontrolle zweifelt. Auch in der Schweiz müssen wir also mit Mehrkosten rechnen, auch wenn das VBS dies nicht wahrhaben will.

UKRAINE

KRIEGSMATERIALEXPORT

Alles unter Kontrolle – mitnichten!

Der Bundesrat hat sowohl Deutschland als auch Dänemark im vergangenen Jahr untersagt, Munition respektive Panzer aus Schweizer Produktion an die Ukraine weiterzugeben. Dies löste in der Schweiz wie auch im Ausland Diskussionen aus. MARTIN PARPAN

Gemäss nationalem Kriegsmaterialgesetz darf die Schweiz keine Waffen an kriegsführende Staaten liefern. Zudem sind Waffenlieferungen an Konfliktstaaten auch aus Neutralitätsgründen heikel. Ob im Fall vom Ukraine-Konflikt eine Waffenlieferung aus moralischer Sicht trotzdem vertretbar gewesen wäre, ist Ansichtssache und ein Streitpunkt in allen politischen Lagern.

Was im Kontext der Ukraine-Diskussion allerdings sehr störend wirkte, ist der entstandene Eindruck, dass die Schweiz in Bezug auf Waffenlieferungen stets unter Kontrolle habe, wie Waffen aus Schweizer Produktion in anderen

Staaten eingesetzt werden. Es wurde suggeriert, dass die Schweiz über eine Form von «Stopp-Knopf» verfüge, wenn es um den Einsatz von Schweizer Rüstungsgütern geht. Im Falle der Ukraine war es zwar tatsächlich so, dass die Schweiz über die Weitergabe dieser Waffen entscheiden konnte. Fakt ist aber auch, dass Schweizer Waffen immer wieder in bewaffneten Konflikten eingesetzt werden. So wird gerne verschwiegen, dass zwischen den Jahren 2000 und 2021 Kriegsmaterial im Wert von über drei Millionen Franken an Russland geliefert wurde. Welche Rolle diese Waffen im Ukraine-Konflikt

spielen, ist im Detail kaum nachvollziehbar. Weitere tragische Beispiele der langen Schweizer Skandalliste sind die tödlichen Bombenangriffe in Afghanistan mit Pilatus PC-12 Flugzeugen oder der Einsatz von Schweizer Sturmgewehren im Jemen-Krieg. Wenn man bedenkt, wozu Waffen überhaupt hergestellt werden, wird klar, dass jede Waffe, die aus der Schweiz exportiert wird, in bewaffneten Konflikten landen kann. Und zwar auch jene Waffenlieferungen, die aus heutiger Sicht mit dem Argument gerechtfertigt werden, dass im Empfängerland kein Krieg herrsche.

MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN INTERESSIEREN KAUM

Immer wieder verstörend ist zudem die Tatsache, dass auch die Menschenrechtslage in den Empfängerländern kaum ein Kriterium ist, welches die Schweiz ernsthaft davon abhält, Waffen

zu exportieren. Dank der Korrekturinitiative sind nun zwar Waffenlieferungen in Länder, die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen, gesetzlich verboten. Wie Länder mit Menschenrechtsverletzungen jedoch in die Kategorien «systematisch» und «schwerwiegend» eingeordnet werden, ist mehr als fragwürdig. Anders lässt es sich nicht erklären, dass in den letzten Jahren Rüstungsgüter an Länder wie Pakistan, Katar, oder Bahrein geliefert wurden.

WEGSCHAUEN

Das eigentliche Problem an der Exporthandhabung ist jedoch, dass Transparenz gar nicht im eigentlichen Interesse der Schweizer Rüstungsindustrie ist. Die Schweizer Rüstungsindustrie hat ausschliesslich kommerzielle Interessen. Sie ist und bleibt ein dreckiges und blutiges Geschäft.

KRIEGSFINANZIERUNG

Oligarchen-Gelder und Kriegsprofite für die Ukraine

Die Schweiz hat Putin mitaufgerüstet. Sie steht gegenüber der Ukraine schwer in der Schuld. JOSEF LANG

Putins Krieg gegen die Ukraine bedeutet den Tod Tausender von Menschen und richtet in der Ukraine riesige Schäden an. Die Kosten des Wiederaufbaus wurden Ende 2022 auf 750 Milliarden Franken geschätzt. Putin zerstört die Ukraine mit einer Kriegsmaschine, die von der Schweiz massiv gefüttert wurde – und weiterhin gefüttert wird. Ohne die Abermilliarden aus dem Rohstoffhandel, aller Oligarchen und Banken könnte Putin den Krieg kaum mehr finanzieren. Zudem könnten seine Bomber ohne Schweizer Dual-Use-Güter schwerlich noch starten.

KGB-MAFIA-KAPITALISMUS

Wenn die Ukraine und osteuropäische Nachbarländer, aber auch die USA, von der Schweiz fordern, für den Wiederaufbau einen Teil der geschätzten 200 Milliarden in der Schweiz angelegten Oligarchen-Vermögen einzusetzen, haben sie völlig recht. Dabei sind nicht nur die bürgerlichen Hinweise auf sakrosankte Eigentumsrechte grundsätzlich fragwürdig. Die Oligarchen verdanken ihren Reichtum einem System, das Catherine Belton in ihrem 700-seitigen Wälzer «Putins Netz» (Harper Collins 2020) einen «KGB-Mafia-Kapitalismus» nennt.

Nicht zu vergessen sind die immer noch in der Schweiz geparkten Reserven der russischen Zentralbank in der Höhe von etwa 10 Milliarden Franken. Zusätzlich sind vom Bund, den Kantonen und Gemeinden, in denen sich der ökonomische Putinismus am stärksten ausbreitete, gewichtige Beiträge zu erwarten.

ÜBERGEWINN-STEUER AUS ROHSTOFF-MULTIS

Eine wenig diskutierte Quelle für die Wiederaufbauhilfe bietet die Besteuerung von Übergewinnen, die dank des Krieges erzielt werden. Die Verknappungen bei Energieträgern wie Gas, Öl und Kohle haben Rohstoff- und Stromkonzernen massive Zugewinne ermöglicht. So erzielte die Zuger Glencore im ersten Halbjahr 2022 einen Übergewinn von 7 Milliarden Dollar

im Vergleich zum gesamten Vorjahr. Die Genfer Trafigura, Gunvor und Vitol machten im ersten Halbjahr 2022 mit gut 9 Milliarden Dollar ebenfalls mehr Gewinn als im ganzen Jahr 2021 mit 8 Milliarden. Alle Gewinnsteigerungen der Kriegsprofiteure dürften in der Schweiz letztes Jahr weit mehr als 50 Milliarden Franken betragen haben.

Ein solches Instrument kennt man bereits aus den Weltkriegern: Die Windfall-Steuer wurde von den USA eingeführt. Zufallsgewinne, die auf dem Kriegsgeschehen beruhen, wurden bis zu 95 Prozent abgeschöpft. Im letzten Jahr haben eine Reihe von Ländern wie Belgien, Italien, Spanien, Tschechien und Grossbritannien diese Sondersteuer eingeführt oder angekündigt. In der Schweiz hat Balthasar Glättli (Grüne) eine parlamentarische Initiative für deren Schaffung eingereicht. Allerdings sprachen sich die gleichen Bürgerlichen, welche die Aufrüstung Putins direkt oder indirekt unterstützten, dagegen aus.

Eine solche Steuer, die Dutzende von Milliarden einbringen würde, könnte zusätzlich für die Abfederung der Energieteuerung bei den Haushalten und zum Ausbau des Klimaschutzes eingesetzt werden. So brächten wir die Solidarität mit der Ukraine, das Soziale im Innern und den Umweltschutz zusammen.

Aktion vor der russischen Botschaft am 23. Januar 2023. Foto: © Lukas Bürgi



ASYL FÜR KRIEGSDIENSTVERWEIGERER*INNEN

Die Schweiz muss Kriegsdienstverweigerer*innen weltweit unterstützen

Nicht nur russische Kriegsgegner*innen und Deserteure sondern auch ukrainische und andere Dienstverweigerer*innen nehmen grosse persönliche Risiken auf sich, um für den Frieden einzustehen. Dafür verdienen sie Anerkennung, diplomatische Bemühungen zu ihrem Schutz und wo nötig (Botschafts-)Asyl. LUKAS BÜRGI

Zur Kriegsdienst-Situation in Russland haben wir schon viel geschrieben. Aber auch in der Ukraine sieht es nicht gut aus: Ausnahmen von der Wehrpflicht für Männer gibt es nur für bestimmte religiöse Minderheiten und nur, wenn der Gewissenskonflikt maximal sechs Monate nach dem allerersten Aufgebot zum Militär-

dienst geltend gemacht wird. Ausserdem sind im ukrainischen Gesetz nicht nur cis Männer, sondern auch trans Frauen und queere Menschen wehrpflichtig.

Die schlechte Situation in der Ukraine zeichnet sich seit Jahren in konkreten Beispielen ab: Ein Mann, der 2015 zur Kriegsdienstverweige-

rung aufgerufen hatte, verbrachte gut 17 Monate im Gefängnis und wurde von Amnesty International als politischer Gefangener eingeschätzt. Laut Berichten des Aussenministeriums der USA von 2019 und 2020 wurden schon damals junge ukrainische Männer auf der Strasse angehalten, gefangen genommen und zum Wehrdienst eingezogen. 2020 wurde gegen mindestens 18 Männer ein Strafverfahren geführt, die sich selbst verstümmelt haben sollen, um dem Kriegsdienst zu entgehen. 2021 wurde ein Soldat als Deserteur beschuldigt und

in Untersuchungshaft genommen. Als ein Gericht seine Freilassung anordnete, wurde er stattdessen des Verrats beschuldigt und wieder verhaftet.

Nach Putins erneutem Angriffskrieg 2022 und dem Ausreiseverbot für Männer im Alter von 18 bis 60 Jahren verschlechterte sich die Situation weiter. Die wenigen Ausnahmeregelungen bezüglich der Dienstpflicht wurden Berichten zufolge gestrichen und mindestens 5000 Strafverfahren geführt. Die häufigste Strafe war drei Jahre Gefängnis, aber auch Bussen und Militärdienst in Straf-Bataillonen.

Dabei handelt es sich um klare Menschenrechtsverletzungen. Darum einmal mehr: Unterstützen wir alle Dienstverweigerer*innen weltweit!

ARMEEFINANZIERUNG

Sie sagen, Geld falle nicht vom Himmel. Bomben gehen trotzdem nieder.

Von 2013 bis 2021 haben die 23 reichsten Länder¹ 9.45 Billionen Dollar – 9'450 Milliarden oder in Worten: 109'628 Mal so viel wie die Schweiz an Gesamtausgaben für das Jahr 2023 budgetiert hat – in die Militarisierung ihrer Staaten investiert. Das sind 30 Mal so viel wie die 243.9 Milliarden Dollar an Klimafinanzierungsmittel für die gefährdetsten Länder der Welt, zu deren Bereitstellung sie gesetzlich verpflichtet wären. ANJA GADA

Die Zeit, die der Erdbevölkerung bleibt, um die Klimakrise zu bekämpfen, scheint wie in einer Sanduhr drohend schnell zu zerrinnen. Trotz einer weltweiten Klimabewegung, Gipfeltreffen, diplomatischen Gesprächen und Weltklimakonferenzen bleibt ein globaler Coup, ein Bekenntnis zu einem gesamtgesellschaftlichen Umbau, in weiter Ferne. Für die Dekarbonisierung müssten in den kommenden Jahren Milliarden in erneuerbare Energien, eine klimafreundliche Landwirtschaft, neue Transportwege und Schutzmassnahmen für gefährdete Länder investiert werden. Je länger das Nichtstun andauert, desto mehr kostet die Klimafinanzierung aufgrund der grösseren Schäden durch Naturkatastrophen, kurzfristigen Ausbildungsprogrammen und dem schnellen Bau neuer Infrastruktur zukünftig.

Trotzdem sind die Kosten eines der Hauptargumente jener, die noch immer jeden Fortschritt im Klimabereich vehement zu verhindern versuchen. Ausbau von Wind- und Solarstrom? Zu teuer. Ausbau eines flächendeckenden Zugnetzes? Zu teuer. Subventionen für einen Ausstieg aus fossilen Energien? Zu teuer. Was aber nicht «zu teuer» scheint, sind die globalen Ausgaben für Rüstung und Militär, die im letzten

Jahr eine neue Dimension erreicht haben. Laut dem Friedensforschungsinstitut SIPRI ist 2021 mit 2'113 Milliarden Dollar zum ersten Mal die 2-Billionen Marke bei den globalen Rüstungsausgaben geknackt worden. Gleichzeitig hat ein Bericht von Tipping Point North South aufgezeigt, dass die Armeen dieser Welt rund 5% der globalen Treibhausgasemissionen ausmachen – im Vergleich: Der individuelle Flugverkehr macht 2% aus.

Interessant wird es, wenn man die Rüstungsausgaben mit den landesweiten CO₂-Emissionen vergleicht. So sind von den 10 Ländern, welche am meisten CO₂ ausstossen, sieben auch unter den «Top Ten», welche die grössten Rüstungsausgaben tätigen. Dabei handelt es sich um die USA, China, Russland, Grossbritannien, Frankreich, Japan, Deutschland, Saudi-Arabien und Indien. Es sind die reichsten Länder der Welt, die historisch gesehen am meisten für die Klimakrise verantwortlich sind, welche ein Vielfaches an Militärausgaben tätigen, statt die Bekämpfung der Klimakrise voranzutreiben.

Was auffällt ist auch der Zusammenhang ehemaliger (und jetziger) Kolonialreiche und deren Militarisierung sowie die Auswirkung dieser Ausgaben auf die damaligen (und heutigen)

Kolonialstaaten. Zum einen haben Kolonialmächte über Dekaden hinweg auf Kosten einer unterdrückten Bevölkerung und der Ausbeutung der natürlichen Umwelt ihren Reichtum anhäufen können. Bodenschätze wie Erdöl, Gold und Erz sind unter unwürdigsten Arbeitsbedingungen von der lokalen Bevölkerung abgebaut und in die Industrieländer exportiert und weiterverarbeitet worden. Dabei wurden die daraus resultierenden Umweltprobleme und sozialen Auswirkungen ignoriert und eine verarmte, unterjochte Bevölkerungsgruppe zurückgelassen.

Zum anderen gehören ehemalige Kolonialmächte heute zu den grössten Treibhausgasemittenten. Und die Auswirkungen dieser Emissionen sind bereits heute in MAPA Communities², häufig ehemaligen, exponierten Kolonialstaaten, deutlich zu spüren.

Dürre, Wasserknappheit, enorme Niederschläge, Stürme, unfruchtbare Böden, Armut, Unsicherheit und bewaffnete Konflikte sind kein fernes Zukunftsszenario mehr, sondern schon heute Realität. Insbesondere der destabilisierende Aspekt, den die fortschreitende Klimakrise mit sich bringt, ist ein Nährboden für autoritäre Militärregimes, die in ressourcenreiche Ländern eine Möglichkeit sehen, massiv Profit zu schlagen.

Denn woher kommen die Waffen, die in Konflikten in vulnerablen Ländern eingesetzt werden? Richtig, aus Annex II Staaten. Ohne Rücksicht auf Waffenembargos zu nehmen, werden Länder wie Afghanistan, Bangladesch, So-

malia, Sudan oder Jemen aus China, Russland, den USA oder Frankreich mit leichten Waffen, Munition und Handfeuerwaffen beliefert. Jene Waffen, von denen das grösste Risiko ausgeht, dass sie menschenrechtswidrig eingesetzt und unkontrollierbar weitergegeben werden. Dadurch, dass sich bewaffnete Konflikte aufgrund der multiplen Krisen der sich aufbäumenden Klimakatastrophe vermehren werden, ist davon auszugehen, dass die reichsten Länder in Zukunft sogar noch mehr Profit aus jenen Regionen schlagen werden, für deren Elend sie zu einem Grossteil verantwortlich sind.

So wie Erdöl keine Zukunft hat, haben auch die Armeen dieser Welt keine Zukunft. Die Zeit, die bleibt, rennt uns davon. Aber das Geld, welches in einem Jahr von den Top 10 Ländern mit den grössten Militärausgaben ausgegeben wird, könnte die internationale Klimafinanzierung der nächsten 15 Jahre sichern. Es ist die direkteste Investition in die globale Sicherheitsarchitektur, die getätigt werden kann. Die getätigt werden muss.

¹ Gemeint sind hier Annex II Staaten: Umfasst die Gruppe von Ländern, welche im Annex II des Rahmenübereinkommens der UNO über Klimaänderung aufgeführt sind und alle OECD-Staaten des Jahres 1990. Von Annex-II-Staaten wird erwartet, dass sie finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, um Entwicklungsländer bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu unterstützen.

² MAPA ist eine Abkürzung für «Most Affected People and Areas» und bezeichnet Communities, die unter einem intersektionalen Blickwinkel am meisten von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sind. Unter anderem ist hier auch eine koloniale Vergangenheit von grosser Relevanz.

KLIMA UND ENTWICKLUNG

Klimawandel und Sicherheit in der Entwicklungszusammenarbeit

Bei der Bewältigung von zusammenhängenden Umwelt- und Sicherheitsbelangen, stehen Entwicklungsakteur*innen vor diversen Herausforderungen. Mit einem Policy Brief will das Stockholm International Peace Research Institute Abhilfe schaffen. ROXANE STEIGER

Der Klimawandel zerstört in zahlreichen Ländern menschliche Lebensgrundlagen. Besonders betroffen sind bereits vulnerable Entwicklungsländer. Die Folgen dieser Bedrohungen äussern sich oftmals in Gewalt und Konflikte, die wiederum die Anstrengungen, sich an den Klimawandel anzupassen oder ihn zu bekämpfen, deutlich erschweren. Die Entwicklungszusammenarbeit spielt in diesem Bereich eine wichtige Rolle. Verschiedene Projekte zeigen, dass die Integration von klima- und umweltbezogenen Belangen beim Peacebuilding zur Abnahme von Konflikten über natürliche Ressourcen bei betroffenen Gemeinschaften führte und der soziale Zusammenhalt sowie die lokale Verwaltung natürlicher Ressourcen gestärkt wurde. Für Entwicklungsakteur*innen im Bereich der Sicherheit und des Friedens, aber auch des Klimawandels, stellt sich also verstärkt die Frage, wie sie die Zusammenhänge zwischen dem Klimawandel und Sicherheitsbelangen in ihrer Tätigkeit berücksichtigen können.

DIVERSE HERAUSFORDERUNGEN

Das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) hat im Dezember einen Policy Brief zur Rolle von Entwicklungsakteur*innen bei der Bewältigung von zusammenhängenden Umwelt- und Sicherheitsbelangen herausgegeben. Laut den Autor*innen Karen Meijer und Katongo Seyuba haben schon viele Organisationen diese Notwendigkeit erkannt. Allerdings besteht in der Praxis ein fehlendes Bewusstsein darüber, wie diese Zusammenhänge in Form von politischen Massnahmen angegangen werden können. Dabei stehen die Entwicklungsakteur*innen vor mehreren Herausforderungen.

Zunächst sind die Zusammenhänge zwischen Sicherheit und Klimawandel sehr komplex und kontextspezifisch. Sie setzen fundiertes Wissen und Expertise für diese multidimensionalen und sektorübergreifenden Bereiche voraus. Zudem beeinflussen verschiedene Faktoren wie die sozio-ökonomische Entwicklung, die Art und

Weise wie natürliche Ressourcen verwaltet werden oder die vorgesehenen Mechanismen zur Konfliktlösung, das Ausmass der Betroffenheit. Das heisst also für Organisationen eng mit betroffenen Gemeinschaften zusammenzuarbeiten, um den Kontext zu verstehen und geeignete Massnahmen ableiten zu können. Eine zusätzliche Herausforderung ist die mangelnde politische Aufmerksamkeit, die diese Zusammenhänge in Entwicklungsländern erhalten. Somit sind oft keine konkreten politischen Massnahmen vorgesehen. Im Rahmen des Pariser Klimaabkommens berücksichtigt nur ein Viertel der Entwicklungsländer die Zusammenhänge von Sicherheit und Klimawandel in ihren nationalen Klimabeiträgen (NDCs). Somit fehlt es von Regierungsseite oft an Unterstützung.

MEHR ZEIT UND LANGFRISTIGE FINANZIERUNG

Im Policy Brief legen die Autor*innen verschiedene Empfehlungen dar und definieren die Rolle der verschiedenen Entwicklungsakteur*innen. Zunächst gilt es zwischen geldgebenden Organisationen, die finanzielle Mittel sowie einen strategischen Rahmen bereitstellen, und imple-

mentierenden Akteur*innen zu unterscheiden, die Projekte vor Ort durchführen. Da die implementierenden Organisationen von der Prioritätensetzung sowie den Bedingungen der Geldgeber*innen gelenkt werden, sehen die Autor*innen die geldgebenden Organisationen in der Pflicht, die implementierenden Organisationen auf verschiedenen Ebenen zu unterstützen. Angesichts der bestehenden Herausforderungen sei vor allem wichtig, langfristig in Projekte zu investieren. Das soll den Organisationen genügend Zeit und Raum lassen, sich die erforderliche Expertise und das kontextspezifische Wissen anzueignen. Geldgebende Organisationen sollen die implementierenden Organisationen zudem in verschiedenen Punkten unterstützen, wie zum Beispiel die Erleichterung der Zusammenarbeit zwischen den Organisationen und lokalen Gemeinschaften sowie die Unterstützung von neuen Partnerschaften zwischen Umwelt- und Peacebuilding-Organisationen. Das Ziel ist kollaborative Prozesse, die das Vertrauen zwischen den beteiligten Akteur*innen stärken und somit die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit von friedenspolitischen und klimapolitischen Massnahmen sicherstellen.

SONSTIGES

GASTBEITRAG

Das Schweigen über den Einsatz von Chemiewaffen in Kurdistan

Seit fast zwei Jahren setzt der türkische Staat in Kurdistan, insbesondere in den Medya-Verteidigungsgebieten, Giftgas ein. Auch wenn die kurdische Bewegung und Nichtregierungsorganisationen den Einsatz von chemischen Waffen im Jahr 2021 auf die Tagesordnung gebracht haben, hat die europäische Öffentlichkeit kein Interesse an diesem Thema gezeigt. Die kurdische Gemeinschaft, die in Europa und in der Schweiz lebt, sind jedoch über den Einsatz der chemischen Waffen in Kurdistan besorgt. Im Oktober diesen Jahres gaben die Volksverteidigungseinheiten die Identität von 17 Guerillakämpfern bekannt, die durch chemische Waffen ums Leben kamen. Im November waren es weitere 11 Guerillakämpfer. ASMIN ENGIN

DIE GESCHICHTE DER CHEMIEWAFFEN IN KURDISTAN

Die Kurden waren innerhalb ihrer Geschichte mehrmals den Chemiewaffen des türkischen Staates ausgesetzt. Beim Dersim-Aufstand von 1938 wurden Zivilisten, die in Höhlen geflüchtet waren, mit deutschen Chemiewaffen durch den türkischen Staat getötet. Auch 1987 wurden im kurdischen Teil des Iraks deutsche Chemiewaffen seitens Saddam eingesetzt, wobei etwa 6'000

Menschen ums Leben kamen. Fast 10'000 Menschen wurden verletzt und viele davon starben später an den Folgen des Angriffs. In den 80er-Jahren, mit den Anfängen der kurdischen Freiheitsbewegung, begann der türkische Staat verschiedene Methoden des schmutzigen Krieges zu ergreifen. Seit den 1990er-Jahren setzt der türkische Staat chemische Waffen gegen Freiheitskämpfer ein und begeht unzählige Menschenrechtsverletzungen. 2018 setzte das Erdo-

gan-Regime chemische Waffen gegen Zivilisten in der Stadt Serekaniye in Nordostsyrien ein. Das Schweigen der Weltöffentlichkeit zu dem Einsatz der chemischen Waffen ermutigt das Erdogan-Regime weiterhin, Kriegsverbrechen zu begehen.

DIE TÜRKISCHEN ANGRIFFE SEIT 2021

Am 23. April 2021 wurde eine Operation gegen die kurdische Region im Irak eingeleitet. Bei diesen Angriffen gab es auf beiden Seiten Tote und ebenso mussten viele zivile Siedlungen evakuiert werden. Eine der wenigen unabhängigen Organisationen vor Ort, die Nichtregierungsorganisation «Christian Peacemaker Teams - Irakisch-Kurdistan» (CPT-IK), hat die Auswirkungen der türkischen Operationen auf die Zivilbevölkerung seit deren Beginn untersucht und dokumentiert. Das CPT-IK beobachtet seit Beginn der türkischen Militäroffensive die Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung. Einen ersten Bericht zu dem Thema veröffentlichten sie bereits am 3. Juni 2021 unter dem Titel «Keine Rückkehr». Obwohl der türkische Staat behauptet, dass er nur gegen PKK-Mitglieder vorgeht, wurden bisher 22 Dörfer evakuiert. Tausende Menschen mussten somit ihre Dörfer verlassen.

DIE MAHNWACHE XOSNAV ATA VOR DEM OPCW

Es wird nicht nur die Lebensgrundlage der Familien zerstört, sondern auch ihr Leben bedroht. Dörfer werden bombardiert und die Menschen, die an der Grenze leben, sind gezwungen zu flüchten. Kurdische Organisationen haben sich wiederholt an die OPCW gewandt und gefordert, dass eine unabhängige Delegation den Einsatz von Chemiewaffen in dem Gebiet untersucht. Xoşnav Ata, der seine zwei Nichten durch den Einsatz von Chemiewaffen verloren hat, hält seit drei Monaten täglich vor dem Hauptsitz der OPCW Mahnwache, um gegen deren Untätigkeit zu protestieren. Die staaten-

losen Kurden selbst können keinen Untersuchungsantrag bei der OPCW stellen, da dies nur auf Ersuchen eines OPCW-Mitgliedsstaates geschehen kann. Die Mitgliedschaft in der OPCW ist aber nur UNO-Mitgliedsstaaten vorbehalten.

DELEGATIONSREISE

Der ehemalige UN-Biowaffeninspekteur Dr. Jan van Aken aus Deutschland und Dr. Josef Savary, Präsident der IPPNW Schweiz, waren Ende September in der Kurdistan-Region Irak (KRI), um die Chemiewaffeneinsätze zu untersuchen und veröffentlichten einen Bericht über ihre Untersuchungen in diesem Gebiet. Dieser Bericht macht auf die Kriegsverbrechen aufmerksam, die der türkische Staat durch den Einsatz verbotener chemischer Waffen und Angriffe gegen Zivilisten und PKK-Kämpfer begangen hat. Demnach gibt es Hinweise, die den Verdacht in Teilen bestätigen. Der Bericht fordert eine sofortige, unabhängige internationale Untersuchung, um dem Verdacht weiter nachzugehen und künftige Verletzungen des Chemiewaffenverbots durch die Türkei mit Massnahmen im Rahmen der Vereinten Nationen zu verhindern. Şebnem Korur Fincancı, die Vorsitzende des türkischen Ärztesverbandes, wurde vom türkischen Staat verhaftet, weil sie die gleiche Forderung wie Dr. Savary und Dr. Van Aken an den türkischen Staat gestellt hat.

DIE SCHWEIZER ÖFFENTLICHKEIT

Die kurdische Gemeinschaft in der Schweiz hat mit Nichtregierungsorganisationen in der Schweiz Kontakt aufgenommen, damit sie in dieser Angelegenheit aktiv werden. Leider fragen die meisten Organisationen und Einzelpersonen nach Beweisen, welche jedoch ohne Untersuchung fehlen. Daher hat die kurdische Bewegung mehrmals einen Appell an die UN und die Unterzeichner der Chemiewaffenkonvention gerichtet, um eine unabhängige Untersuchung zu veranlassen. Obwohl dieses Thema mit Unterstützung einiger Nationalräte auf die Tagesordnung des Schweizer Bundesrates gesetzt wurde, ist die Schweizer Regierung ihrer Verantwortung nicht nachgekommen. Sie hat die Verantwortung auf die OPCW abgeschoben.



Foto: ©Tomasz Mikolajczyk, pixabay

OLIGARCHENGELDER

Whistleblower-Hotline zur konsequenten Umsetzung der Sanktionen!

Haben Sie gewusst, dass es bei der eidgenössischen Finanzkontrolle ein anonymes Meldesystem «für schädigendes Verhalten in der Bundesverwaltung, in bundesnahen Organisationen oder bei Subventionsempfängern» gibt? Nein? Ich auch nicht, bis diese Stelle durch den Ukraine-Krieg zu einer neuen Bedeutung emporgestiegen ist – zur Whistleblower-Hotline. Dank der GSoA und Nationalrat Fabian Molina (SP) wissen wir jetzt mehr. JORIS FRICKER

Eine Whistleblower-Hotline? Ja, das klingt sympathisch. Jetzt stellen Sie sich vor, Edward Snowden oder Julian Assange hätten einfach zum Hörer greifen, den US-amerikanischen Staat verklagen und danach ein friedliches Leben weiterführen können. Doch so einfach ist das Ganze nicht. Die Whistleblower-Hotline ist doch irgendwie mehr ein Euphemismus für eine Meldestelle, bei der man keine persönlichen

Konsequenzen zu befürchten hat. Und dennoch hat diese Meldestelle mit dem Krieg in der Ukraine eine neue Bedeutung erhalten – respektive erhalten sollen. Denn seit die Schweiz im letzten Jahr – nach Anfangsschwierigkeiten – endlich die EU-Sanktionen inklusive Sperrung der Russischer Oligarchengelder übernommen hatte, konnten schätzungsweise Finanzvermögen von bis zu 6.7 Milliarden Franken gesperrt wer-

den. Doch aufgrund der Rolle der Schweiz im internationalen Finanzzirkus ist klar, dass da noch ganz viel mehr russische Gelder frei herum schwimmen (laut Public Eye deren 150-200 Milliarden Franken), die aus reinem Nichtstun oder fehlender Detektivarbeit noch nicht gesperrt werden konnten. Und gerade hier kommt unsere Whistleblower-Hotline ins Spiel. Denn diese könnte nun genutzt werden, um russische Oligarchengelder mithilfe der Schweizer Whistleblower-Bevölkerung aufzufinden und zu «verpfeifen». Da es diese Meldestelle ja tatsächlich gibt, braucht sie nur noch bekannt gemacht zu werden. Denn wie festgestellt: Nur die Wenigsten haben davon Kenntnis. Dass man nun weiss, dass es diese anonyme Meldestelle bei der eid-

genössischen Finanzkontrolle auch für russische Oligarchengelder gibt, haben wir übrigens unter anderem der GSoA zu verdanken. Zusammen mit Nationalrat Fabian Molina haben wir beim Bundesrat nachgefragt, ob eine solche Meldestelle einführbar wäre und nun erfahren, dass diese bereits existiert. Wirklich relevant ist diese für Finanzberater*innen und Anwalt*innen, die normalerweise einer Geheimhaltungspflicht unterstehen. Offensichtlich wurde die Werbetrommel noch nicht wirklich gerührt. Nun ist der Bund in der Pflicht, diese Hotline populärer zu machen. Es ist beschämend, dass in der Schweiz ein Jahr nach Kriegsausbruch immer noch darum gekämpft werden muss, Schlupflöcher für russische Oligarchen zu stopfen, obwohl klar ist, dass diese neben dem Rohstoffhandel über die Schweiz einen der wichtigsten Beiträge zum Erhalt der Putinschen Kriegsmaschine leisten.

ATOMWAFFENVERBOTSVERTRAG

TPNW unterzeichnen – nicht morgen, sondern gestern!

Infolge der Annahme einer Resolution Ende 2016 hat sich die UN-Versammlung selbst damit beauftragt, einen Atomwaffenverbotsvertrag (kurz TPNW, für Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons) aufzugleisen. Dieser komplettiert den in den 60er Jahren aufgesetzten Atomwaffensperrvertrag (Non-Proliferation Treaty oder NPT), der trotz lauem Inhalt nie gänzlich eingehalten wurde. Der «neue» Atomwaffenverbotsvertrag fordert ein Verbot jeglichen Einsatzes von Kernwaffen sowie die Drohung damit. So weit so gut. Doch was ist seither passiert und wo steht die Schweiz? JORIS FRICKER

Im Jahre 2017 erarbeitete die UNO in ansehnlichem Tempo einen Vertrag, der konkret «Entwicklung, Tests, Produktion, Transfer, Besitz, Einsatz sowie Androhung des Einsatzes von Nuklearwaffen» verbietet. Bereits im September selbigen Jahres unterzeichneten 53 Staaten den Vertrag. Dieser konnte dann 2021 – 90 Tage nach der 50. Ratifizierung – offiziell in Kraft treten. Bislang haben 91 Staaten den TPNW-Vertrag unterzeichnet und 68 ratifiziert. Da ist noch Luft nach oben. Denn: Der Vertrag und insbesondere die Absicht dahinter sind elementar für die internationale nukleare Abrüstung – heute mehr denn je. Denn seit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine und der offenen Drohung Putins, jederzeit und hemmungslos einen Atomkrieg zu starten, setzt die breite Abstützung eines solchen Vertrages ein starkes Zeichen. Ein solches brauchen wir, damit sich die gegenwärtige Situation nicht weiter zuspitzt, wie etwa in der Kuba-Krise. Ansonsten ist zu befürchten, dass der Vertrag für unbestimmte Zeit faktisch nichtig wird und die Unterzeichnung und Ratifizierung bis zu einer allfälligen Entspannung der Lage andauern könnte. Die Unterzeichnung so vieler Staaten wie nur möglich – auch durch die Schweiz – wäre also ein gewichtiges Zeichen, das hoffentlich mehr als nur symbolisch bleibt.

Auch wenn eine kernwaffenfreie Welt in weite Ferne zu rücken scheint, bleibt es wichtig, den Druck durch die UNO und friedenspolitische Organisationen weltweit hochzuhalten. Als GSoA fokussieren wir uns auf die unrühmliche Rolle der Schweiz in dieser ganzen Geschichte. Die offizielle Schweiz verhält sich nämlich ein wenig wie jemand, der*die bei allem dabei sein will, aber am Ende keine Verantwortung übernimmt. So hat die Schweiz in Folge der Analyse einer «interdepartementalen Arbeitsgruppe» entschieden, dass das Unterzeichnen des Vertrages für die Schweiz nicht notwendig sei. Für einmal ergriff hier das sonst so träge bürgerliche Parlament Initiative. Beide Räte überwiesen 2018 die parlamentarische Motion von SP-Ständerat Sommaruga, die den Bundesrat dazu verpflichtet, seine Haltung zum TPNW neu zu definieren. Sinnbild für die peinliche Widersprüchlichkeit der bundesrätlichen Haltung, ist folgender herzerwärmender Ausschnitt aus der Beantwortung der genannten Motion:

«Der Bundesrat teilt das Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt. Das Nuklearwaffenverbot stellt einen Schritt in diese Richtung dar. Es entspricht grundsätzlich zentralen Interessen und Werten der Schweiz, namentlich ihren Sicherheitsinteressen, ihrer humanitären Tradition und ihrem Engagement für die Einhaltung, Stärkung

und Förderung des humanitären Völkerrechts. Ein Verbot entspricht auch ihrem Engagement für die Menschenrechte, das friedliche Zusammenleben der Völker und den Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen.»

Aber natürlich ist dies nur ein Ausschnitt aus der ganzen Beantwortung. Der Bundesrat stützte seinen Entscheid zur Nichtunterzeichnung auf eine relativ fadenscheinige Argumentation, die darauf hinausläuft, nichts zu tun, um sich weiterhin in der Schweizer Beobachterrolle wännen zu können. Der Bundesrat, der 2017 notabene Teil der Verhandlungen war, verschliesst sich der Unterzeichnung des TPNW zwar nach wie vor, muss jetzt aber nochmals über die Bücher. Weitere Lippenbekenntnisse in dieser Frage

dürfen wir nicht dulden! Eine sofortige Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages inklusive dessen Ratifizierung ist ein Muss. Schliesslich hat die Schweiz eine Verantwortung, die sie als Staat und als UNO-Mitglied trägt und zu erfüllen hat. Die zurückhaltende Schweizer Aussenpolitik gerade in Kriegs- und Rüstungsfragen ist auch nicht mit der Neutralität zu begründen, sondern ist schlicht peinlich und farblos. Doch egal was der Bundesrat bei seiner Neubeurteilung Anfang 2023 berichten wird, die GSoA wird sich weiterhin und zusammen mit ICAN Switzerland (Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen) für eine rasche Unterzeichnung des TPNW-Vertrages einsetzen.



NeinZumKrieg-Demo2021. Foto: ©Aleksandra Zdravkovic

20 JAHRE IRAK-KRIEG

Irak/Ukraine – Wo sind die Parallelen?

Vor zwanzig Jahren begann George W. Bushs Angriffskrieg im Irak. Wie damals protestierten letztes Jahr in der Schweiz zahlreiche Menschen gegen den Krieg in der Ukraine. Die Parallelen zwischen den zwei Konflikten sind vielfältig. ANDREAS WEIBEL

Ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg. Ein Präsident, der die Bevölkerung seines Landes mithilfe von Lügen und medialer Propaganda erfolgreich auf den Krieg ein schwört. Zuerst Luftschläge, um die Kommunikations- und Kommandoinfrastruktur sowie die Luftabwehr auszuschalten, danach rasche Vorstösse von gepanzerten Einheiten auf die Hauptstadt. Weltweite Proteste. Zehntausende getöteter Zivilist*innen.

Der Ukrainekrieg lässt sich nur schwer verstehen ohne den Golfkrieg, den die USA und Grossbritannien 2003 begannen. Wie schon der Krieg gegen Serbien 1999 war der Angriff im Irak ein klarer Verstoss gegen die Uno-Charta. Diese Erosion der internationalen Normen war eine Vorbedingung für den Entscheid Putins, in die Ukraine einzumarschieren. Alles deutet darauf hin, dass die russischen Angriffspläne in der Ukraine auch in militärisch-operativer Hinsicht die US-Invasion im Irak als Vorbild hatten. Die Umsetzung dieser Pläne scheiterte jedoch aus zahlreichen Gründen kläglich.

PROTESTE DAMALS WIE HEUTE

Die Forderung der Demonstrationen gegen den Irakkrieg war klar: «Kein Blut für Öl!» Die imperialistischen Begehrlichkeiten der US-Petroindustrie sollten nicht höher gewichtet werden als Menschenleben. Viele Forderungen der Ukraine-Demos waren direkter an die Schweizer Behörden gerichtet: «Sanktionen jetzt!». Putins imperialistische Begehrlichkeiten beziehen sich zwar nicht aufs Öl, aber es sind fossile Energieträger, welche den Krieg finanzieren – grösstenteils über die Schweiz.

In der Schweiz war immer klar, dass die Forderung nach Frieden bedeutet, dass der angreifende Staat seine Kampfhandlungen sofort einstellt und seine Truppen zurückzieht. Das galt während dem Irakkrieg und jetzt auch in der Ukraine.

KOSTEN FÜR DEN AGGRESSOR

Eine weitere Parallele des Irak- und des Ukrainekrieges sind die exorbitanten Kosten,

welche der Krieg auch der angreifenden Seite verursacht. Die USA besiegten die irakische Armee zwar innerhalb weniger Wochen. Die Kosten der jahrelangen Besatzung und weitere Folgekosten belaufen sich jedoch auf mehrere tausend Milliarden Dollar. Neben den finanziellen Kosten waren auch die politischen Kosten für die USA gewaltig. Der Krieg stürzte den Irak ins Chaos und schuf die Voraussetzung für die Entstehung von Terrorgruppen wie ISIS. Das moralische Gewicht der USA auf der Weltbühne nahm durch die Invasion und Skandale wie das Foltergefängnis Abu Ghraib immensen Schaden. Man kann durchaus argumentieren, dass die USA wegen dem Krieg ihren Status als alleinige Supermacht verloren hat.

Die Kosten des Ukrainekrieges sind für Russland in vielerlei Hinsicht schon jetzt noch dramatischer – finanziell, politisch und militärisch. Die Parallele ist offensichtlich: Militarismus bringt Tod und Verderben. Nicht nur für die Opfer des Krieges, sondern auch für die Täter.

Die Proteste gegen den Irakkrieg 2003

Am 15. Februar 2003 demonstrierten weltweit zwischen sechs und zehn Millionen Menschen gegen den sich abzeichnenden Krieg, in Bern waren es an dem Tag rund 40'000. Am 20. März, dem Tag des Kriegsbegins, waren es in Bern nochmals etwa 40'000 Demonstrant*innen, während es in weiteren Städten zu spontanen Protesten, insbesondere auch Schulstreiks, kam. Im Thurgau beispielsweise marschierten zahlreiche Mittelschüler*innen zu einer zentralen Demo in Weinfelden – immerhin ein Fussmarsch von bis zu 20 Kilometern.

Die Proteste waren prägend für eine ganze Generation von Politaktivist*innen. Die weltweiten Demonstrationen konnten den Krieg zwar nicht verhindern, hatten aber einen Einfluss darauf, dass mehrere Staaten sich nicht der «Koalition der Willigen» der USA anschlossen.

DIE LETZTE

KRIEGSMATERIAL

Nebelpetarden der Rüstungslobby

Bürgerliche und Rüstungslobby zimmern an weiteren Schlupflöchern in der Kriegsmaterialgesetzgebung. Wir schauen hin. ROXANE STEIGER

Im Mai letzten Jahres ist der Gegenvorschlag der Korrekturinitiative in Kraft getreten, mit der die demokratische Kontrolle und die Bestimmungen für Waffenexporte deutlich gestärkt wurden. Knapp einen Monat später reichte Thierry Burkart (FDP) in der sicherheitspolitischen Kommission des Ständerats eine Motion ein, mit dem Ziel, ein weiteres Schlupfloch im Kriegsmaterialgesetz zu schaffen. Burkart will die Nichtwiederausfuhr-Erklärung für Länder,

die «unseren Werten verpflichtet sind» und über ein «vergleichbares Exportkontrollregime» verfügen, vollständig abschaffen. Dabei geht es den Bürgerlichen und der Rüstungslobby wie so oft darum, lukrative Kriegsmaterialexporte in Länder wie Saudi-Arabien, wo ein erhöhtes Risiko für eine Verwendung im Jemen-Krieg besteht, über Drittstaaten zu erleichtern.

Diese Forderung wirkt umso widersprüchlicher, wenn man bedenkt, dass sie derzeit mit

der Debatte um die Weitergabe von Schweizer Kriegsmaterial in die Ukraine begründet wird. Die Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes wäre aufgrund des Neutralitätsrechts allerdings kein Ausweg aus dem Dilemma. Kriegsmaterial über Deutschland in die Ukraine zu liefern wäre weiterhin verboten – es sei denn, die Schweiz würde ihre Neutralität aufgeben. Mit seinem Vorstoss will Burkart die neutralitätsrechtlichen Hemmnisse umgehen, indem der Entscheid, wer Waffen aus der Schweiz erhält, an das Ausland delegiert wird. Nicht zu vergessen sind zudem die Schlupflöcher, die bereits heute existieren. In der Praxis fallen etwa die Hälfte aller Gesuche um Exportbewilligungen unter ein weitaus flexibleres System. Gemäss Art. 18 Abs. 2 des Kriegsmate-

rialgesetzes haben die Behörden nämlich die Möglichkeit, auf eine Nichtwiederausfuhr-Erklärung zu verzichten, wenn es sich zum Beispiel um Einzelteile oder Baugruppen von Kriegsmaterial handelt, die im Ausland in ein Produkt eingebaut werden.

Dies erwähnen Bürgerliche und Rüstungslobby mit keinem Wort. Stattdessen werfen sie mit Nebelpetarden und warnen vor der Wirtschaftsfreundlichkeit des Kriegsmaterialgesetzes, obwohl die Einnahmen durch Schweizer Rüstungsexporte erneut auf ein Rekordjahr zusteigern. Dass jedoch Kriegsmaterial ohne jegliche Transparenz an Drittstaaten weitergegeben werden kann, was weder die Bevölkerung noch das Parlament befürwortet, werden wir nicht zulassen.

Merci, Maxime und Vanessa! Willkommen Joris!

Das neue Jahr bringt ein neues Gesicht in das Sekretariat Bern, wo wir im Januar 2023 freudig Joris Fricker begrüßen durften. Leider verabschiedeten wir uns aber auch von zwei wertvollen Mitarbeitenden. Maxime Weissbaum, der uns bereits Ende Herbst verlassen hat und Vanessa Bieri, die sich ab Februar einer neuen Herausforderung annimmt.

Maxime Weissbaum hat unser Team seit letztem Sommer tatkräftig unterstützt und hat neuen Schwung in unsere französischsprachigen Regionalgruppen gebracht. In seiner kurzen, aber intensiven Zeit bis November setzte er seine politischen und organisatorischen Fähigkeiten gewinnbringend für die GSoA ein und war auch zwischenmenschlich eine Bereicherung.

Vanessa Bieri war seit Dezember 2021 Sekretärin mit viel politischem Know-How, Herzblut und Tatkraft. Sie half unermüdlich mit, die GSoA durch ein schwieriges Jahr zu steuern und

setzte mit ihrem beispiellosen Engagement für pazifistische Werte ein Zeichen für einen unerschütterlichen Antimilitarismus. Wir werden ihre kompetente, verlässliche und motivierende Art sehr vermissen.

Herzlichen Dank, Vanessa und Maxime, für eure wertvolle Arbeit und alles Gute für eure Zukunft!

Für Vanessa trat im Januar **Joris Fricker** die Nachfolge an. Er hat bereits einige Artikel für unsere Zeitung geschrieben und mit seiner preisgekrönten Maturaarbeit über die Geschichte der GSoA seine inhaltlichen und redaktionellen Fähigkeiten bestens unter Beweis gestellt. Durch seine Vorstandsarbeit bei der JUSO Basel-Stadt, sein Amt im Einwohnerrat Riehen bringt Joris wertvolle Erfahrungen mit. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit ihm und heissen ihn im Seki-Team herzlich willkommen.

GREGOR,
das glückliche Gewehr



Bestelltalon GSoA-Material

| Anzahl | Bezeichnung | Frau / Mann | Grösse | Einzelpreis | Total |
|--------|--|---|--|---|-----------------------------------|
| | Peace-Button | | | Fr. 1.– | |
| | T-Shirt Waffenvernichtungsmasse | <input type="radio"/> F <input type="radio"/> M | <input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL | Fr. 28.– | |
| | T-Shirt «If war is the answer...» | <input type="radio"/> F <input type="radio"/> M | <input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL | Fr. 28.– | |
| | Pullover «If war is the answer...» | <input type="radio"/> F <input type="radio"/> M | <input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL | Fr. 35.– | |
| | T-Shirtf «war is the answer...» | <input type="radio"/> F <input type="radio"/> M | <input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL | Fr. 28.– | |
| | T-Shirt «Stopp Kampfjets!» | <input type="radio"/> F <input type="radio"/> M | <input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL | Fr. 28.– | |
| | T-Shirt «Gregor» | <input type="radio"/> F <input type="radio"/> M | <input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL | Fr. 28.– | |
| | «Gregor»-Feuerzeug | | | Fr. 2.– | |
| | GSoA-Sackmesser | | | Fr. 25.– | |
| | Friedensfahne | <input type="checkbox"/> PACE <input type="checkbox"/> PEACE | | Fr. 12.– | |
| | Kleber | | | kostenlos | |
| | Jasskarten | <input type="checkbox"/> de Set <input type="checkbox"/> fr Set | | Fr. 5.– | |
| | Feldpost-Päckli | | | Fr. 60.– | |
| | Material zur AUSGESCHOSSEN!-Kampagne: | | | | |
| | Feuerzeug AUSGESCHOSSEN! | | | Fr. 2.– | |
| | Stofftasche AUSGESCHOSSEN! | | | Fr. 15.– | |
| | Turnbeutel AUSGESCHOSSEN! | | | Fr. 15.– | |
| | Versandkostenanteil | | | Fr. 4.80 | |
| | Ich werde GSoA-Mitglied | <input type="checkbox"/> Verdienende | Fr. 100.– | <input type="checkbox"/> Nichtverdienende | Fr. 50.– |
| | Spende | <input type="checkbox"/> Fr. _____ | <input type="checkbox"/> Fr. 50.– | <input type="checkbox"/> Fr. 20.– | <input type="checkbox"/> Fr. 10.– |
| | Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich | <input type="checkbox"/> | | | |
| | Rechnungsbetrag | | | | |

Name

Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.

E-Mail

Bestellung: GSSA, CP 151, 1211 Genève 8, www.gsoa.ch/shop